

# Die Sicherheitsdoktrin ist veraltet

## Mehr Engagement in Europa und Österreich ist notwendig

Der »European Council

on Foreign Relations« (ECFR) fordert in einer Studie, an welcher der Autor dieses Kommentars mitgearbeitet hat, ein verstärktes Engagement Europas und auch Österreichs an globalen Aufgaben, wenn sie nicht von den USA ignoriert werden wollen. Österreich scheint sich aber ganz ohne öffentliche Diskussion auf traditionelle Verteidigung zu konzentrieren und die internationale Ausrichtung zu vernachlässigen.

Von **HEINZ GÄRTNER**

**A**m 1. Dezember 2001 wurde die österreichische »Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin« mit den Stimmen der damaligen Regierungsparteien ÖVP und FPÖ ohne die Stimmen der SPÖ und der Grünen vom Nationalrat zur Kenntnis genommen. Nun soll diese als Teilstrategien von den einzelnen Ministerien umgesetzt werden. Es liegen bereits eine Reihe von Texten vor, die zum Teil noch überarbeitet werden sollen. Sie müssen nicht mehr vom Parlament bestätigt werden. Nur die Präambel soll noch durch den Ministerrat. Diese enthält einige Gemeinplätze, wie die Betonung der Grundwerte und der vitalen österreichischen nationalen Interessen. Dazu gehören u. a. folgende unbestrittenen politisch-strategischen Ziele: Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit; Förderung von Stabilität und Sicherheit sowie Verhinderung des Entstehens und der Eskalation von Konflikten; Stärkung der Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen; Übernahme von mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit im europäischen und globalen Kontext; Bekämpfung des internationalen Terrorismus, von organisierter Kriminalität und Korruption; Eindämmung der illegalen Migration und Schlepperei; Sicherstellung der Verfügbarkeit lebensnotwendiger Ressourcen sowie der strategischen Infrastruktur; Erhaltung und Vertiefung der partnerschaftlichen transatlantischen Zusammenarbeit; Verstärkung der regionalen und globalen Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen.

Das sind sicherlich richtige und wichtige Dinge, doch in einigen Passagen entspricht der Entwurf nicht den Vorstellungen einer österreichischen Sicherheitspolitik und der Interpretation der Neutralität. Diese wird lediglich mit dem



Bild: www.bmeia.gv.at


Hinweis auf einen Verfassungsartikel (Art. 9a) erwähnt, dafür jedoch die europäische Beistandsverpflichtung betont, obwohl letztere für Österreich rechtlich keine Verbindlichkeit hat. Internationale Einsätze und Katastrophenhilfe haben keine Priorität in dem Entwurf, dafür aber eine maßgeschneiderte Kooperation mit der NATO. Eine Autorisierung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für internationale Einsätze wird nicht erwähnt. Dieser Entwurf wird noch überarbeitet werden, aber die Frage ist, ob die hier aufgezeigten Passagen auch tatsächlich wieder heraus redigiert werden.

Die Details der Ausarbeitungen durch die einzelnen Ministerien enthalten aber eine Reihe von Formulierungen, die weitgehend unbemerkt von Öffentlichkeit und ohne demokratische Kontrolle die österreichische Sicherheitspolitik nachhaltig verändern könnten. So sollen im Rahmen der »Teilstrategie Außenpolitik« die Beziehungen des Nicht-NATO-Mitglieds Österreich zur NATO die Form eines »maßgeschneiderten Kooperationsprogramms« annehmen. Im NATO-Jargon gilt der »maßgeschneiderte oder intensivierter Dialog« als Vorstufe zum »Membership Action Plan«, der die NATO-Mitgliedschaft eines Landes konkret einleitet. In dem Dokument werden EU und NATO auf die gleiche Stufe gestellt, die UNO und die OSZE sollten lediglich »spezifische Beiträge« leisten. Mit keinem Wort wird in dem gesamten Dokument dagegen erwähnt, dass internationale militärische Einsätze Österreichs und der EU einer Autorisierung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bedürfen, damit sie völkerrechtskonform und mit der österreichischen Neutralität vereinbar sind.

Die »Teilstrategie Verteidigungspolitik«, die 2010 noch einmal korrigiert werden soll, stellt die »Beistandsgarantie zwischen EU-Mitgliedsstaaten« als eine wesentliche Herausforderung dar. Warum das für das neutrale Österreich so sein soll, ist nicht klar. Der Vertrag von Lissabon sieht Beistandsverpflichtungen für Staaten, deren verfassungsmäßigen Charakter (z. B. Neutralität) sie nicht entsprechen, gar nicht vor (in den EU-Verträgen davor waren sie gar nicht enthalten). Eine Herausforderung stellen sie nur dann dar, wenn der Neutralitätsstatus als Hindernis für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungsstrategie angesehen wird. Konsequenterweise will das Papier Österreichs Sicherheitsinteressen nicht nur mit einer Beteiligung am internationalen Konfliktverhütungs- bzw. am Krisenmanagement sondern auch im Rahmen einer »allfälligen EU-Bündnisverteidigung« sicherstellen, obwohl die EU gar kein Militärbündnis ist. Trotz beschränkter Kapazitäten des Bundesheeres ist dafür die Führung einer multinationalen Framework-Brigade vorgesehen. Mit Rotation und Unterstützungsmannschaft würde eine derartige Brigade wohl ein Drittel der Mobilmachungsstärke des österreichischen Bundesheeres (55.000) ausmachen.

Sollten diese Vorstellungen, die nicht auf einer Bedrohungsanalyse beruhen, umgesetzt werden, würde nicht nur die österreichische Neutralität, die mit den gegenseitigen Sicherheitsverpflichtungen eines Militärbündnisses unvereinbar ist, sondern auch vom ECFR geforderten internationalen Friedensaufgaben an Bedeutung verlieren. Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung und Diskussion sein. Ansonsten wird sie an Legitimität und Akzeptanz verlieren.

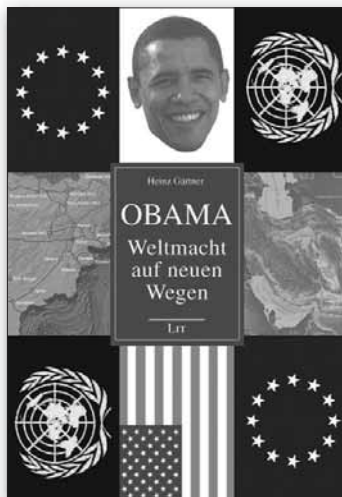
Die bestehende Sicherheitsdoktrin ist in weiten Teilen überholt. Das Problem ist, dass auch dieser Entwurf keine Ver-

besserung darstellt, weil er nicht auf die neuen Herausforderungen der österreichischen und internationalen Sicherheit eingeht. Die bestehende Doktrin beruht noch auf überkommenen Bedrohungsszenarien und will einen Beitritt zur NATO im Auge behalten. Dagegen finden sich die globalen Probleme der Gegenwart wie die Gefahren des Klimawandels, nuklearer Terrorismus und Abrüstungsfragen oder Pandemien nicht berücksichtigt. Diese können jedoch nicht im Rahmen eines Militärbündnisses gelöst werden – weder im Rahmen der NATO noch alleine in der EU; hier bedarf es neuer Gremien und Institutionen wie etwa der G20, der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. 

*Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner ist Sicherheitsexperte des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip) und Redaktionsmitglied von INTERNATIONAL.*

*E-Mail: heinz.gaertner@oiip.at*

## Bücher-Tipps



Heinz Gärtner

### Obama Weltmacht auf neuen Wegen

LIT Verlag, Münster/Wien 2009



Heinz Gärtner

### Internationale Sicherheit Definitionen von A-Z

Nomos, Baden-Baden 2008